

**Niederschrift**

| Gremium                                    | Sitzung - BSS/028(V)/11     |                            |          |          |
|--|-----------------------------|----------------------------|----------|----------|
|  | Wochentag,<br>Datum         | Ort                        | Beginn   | Ende     |
| Ausschuss für Bildung,<br>Schule und Sport | Dienstag,<br><br>20.12.2011 | Altes Rathaus<br>Hansesaal | 16:30Uhr | 17:50Uhr |

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.11
- 4 Beschlussvorlagen
  - 4.1 Verzicht der Festlegung von Schulbezirken DS0454/11
  - 4.1.1 Verzicht auf Festlegung von Schulbezirken DS0454/11/1
- 5 Anträge
  - 5.1 Barleber See entwickeln A0115/11
  - 5.1.1 Barleber See entwickeln S0250/11
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Burkhard Lischka

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Mario Grünewald

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Stadtrat Olaf Meister

**Vertreter**

Stadtrat Gregor Bartelmann

i. V. für SR'n Schumann

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachk. Einwohner Hans-Joachim Mewes

**Geschäftsführung**

Frau Sylvia Grützner

abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Ursula Biedermann

**Beratende Mitglieder**

Stadträtin Carola Schumann

**Sachkundige Einwohner/innen**

Sachkundiger Einwohner Michael Stage

---

 Öffentliche Sitzung
 

---

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 5 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest; ab 16.40 Uhr sind 6 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

 2. Bestätigung der Tagesordnung
 

---

Zum TOP 4.1 – DS 0454/11 (Verzicht der Festlegung von Schulbezirken) – liegt der Interfraktionelle Änderungsantrag DS 0454/11/1 vor.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung einschließlich Behandlung des Änderungsantrages:  
**5 : 0 : 0**

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 15.11.11
 

---

Die Niederschrift der Sitzung vom 15.11.11 wird mit dem Abstimmungsergebnis **5 : 0 : 0** bestätigt.

 4. Beschlussvorlagen
 

---

 4.1. Verzicht der Festlegung von Schulbezirken  
 Vorlage: DS0454/11
 

---

Stadtrat Meister bringt den Interfraktionellen Änderungsantrag DS 0454/11/1 ein. Er nennt die wesentlichen Änderungen und vorgeschlagenen neuen Punkte des ÄA. Die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung ist aus seiner Sicht nicht zustimmungsfähig.

Der ÄA beinhaltet die 3 neuen Punkte 1 bis 3, die bisherigen Punkte 1 bis 3 werden zu Pkt. 4, 5 und 6, der bisherige Punkt 4 wird gestrichen und durch den neuen Punkt 7 ersetzt.

Stadtrat Meister begründet die zusätzlichen Punkte lt. ÄA und erläutert diese im Detail.

Im ÄA wird die Formulierung „Schulgebiete“ (nicht wie bisher Schulbezirke) beantragt, womit eine regionale Zuordnung Schulnähe/Wohnnähe geregelt sei. Für die Kinder im Wohnumfeld einer Schule werde bei der Anmeldung in dieser der Vorrang gesichert bzw. erfolge automatisch die Zuordnung zur örtlichen Schule, wenn kein anderer Wunsch angezeigt wird.

Stadtrat Meister nennt zu dieser Verfahrensweise als Beispiel die Stadt Potsdam.

Kapazitätsgrenzen, wie im Schulgesetz LSA festgelegt, sollen sich gem. ÄA an der Zügigkeit der Schulen orientieren, die sich aus den Schülerzahlen der bisherigen Schulbezirke ergeben. Sollten mehr Anmeldungen als freie Plätze für eine bestimmte Schule vorliegen, so würde unter Berücksichtigung von Härtefällen die räumliche Entfernung zur Schule bzw. eine Vergabe über das Losverfahren geregelt werden.

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, nimmt zum eingebrachten ÄA Stellung. Aus Sicht der Verwaltung, so Herr Dr. Koch, ist der Begriff „Schulgebiete“ nicht justiziabel, er ist beliebig und kann nicht eingeklagt werden. Der Begriff „benachbarte Schulgebiete“ definiert nicht die Entfernung und ist daher ebenso wenig einklagbar.

Herr Dr. Koch kann im vorliegenden ÄA die eigentliche Intention nicht erkennen. Die gewollte Auflösung der Schulbezirke ist nicht klar definiert; der jetzige ÄA hilft nicht weiter.

Der FBL 40, Herr Krüger, erläutert mit Blick auf den übertragenen Wirkungskreis und die Absicherung der Beschulung der Kinder, dass die Verwaltung Härtefälle berücksichtigen muss. Das geschieht seit 20 Jahren mit Erfolg beim Losverfahren des Hegelgymnasiums und der Integrierten Gesamtschulen. Gemäß Beschlussvorlage könnten Losverfahren umgesetzt werden. Alle anderen Verfahrensweisen hätten vor Gericht keinen Bestand. Dabei sind die vorliegenden Urteile berücksichtigt.

Stadträtin Dr. Hein stellt fest, dass der gestellte ÄA andere Verfahren wieder aufhebt und weist auf die Schülerzahlen hin. Die Regelungen müssen für alle Schüler/Eltern gleich und sozial gerecht sein. Wenn die Schülerbeförderungsrichtlinien nicht für alle Schüler gelten, kann sie ihre Zustimmung nicht geben. Nach ihrer Ansicht ist die Meinung über die Öffnung der Schulbezirke unter den Eltern und Schulen sehr unterschiedlich. Es sollte nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden und sich zur Entscheidung Zeit genommen werden. Der heutige ÄA, so Stadträtin Dr. Hein, verfolgt nicht mehr die Anfangsintention. Die „Quasi-Schulbezirke“ müssten definiert werden, ansonsten wird mit Klagen zu rechnen sein. Sie ist eigentlich für eine Öffnung der Schulbezirke, jedoch nicht für die Umsetzung, wie sie in der Drucksache und im Änderungsantrag vorgeschlagen wird. Es müsse nicht unbedingt vom MK oder LVwA entschieden werden; wichtig sei eine Klärung mit dem Aspekt der Schülerbeförderung.

Herr Dr. Koch hält die Bildungsvielfalt für wichtig. Er verweist auf gewachsene Schulkonzepte und die verschiedenen freien Bildungsträger der Stadt. Hinsichtlich der Beschlussfassung zur DS appelliert er, genau hinzusehen, um nicht den Grundstock für eine Mehr-Klassen-Bildung zu legen, wie sie in einigen Nationen ausgeprägt ist.

Stadtrat Meister beschreibt nochmals die jetzige Situation und das Verwaltungsverfahren. Man könne sehr wohl mit den Vorschlägen sachlich umgehen (wie z. B. in Potsdam) und Ermessen anwenden.

Herr Krüger, FBL 40, betont, dass die Stadt Halle Kapazitäten festgelegt hat sowie Härtefall- und Geschwisterregelung anwendet. Die Kapazitäten wurden vom Gericht bis auf den einzelnen Platz betrachtet (die 4-Zügigkeit, alle Räume einschl. Sporthalle zählen mit). Schüler/Eltern können sich nicht einklagen, wenn die Kapazität der Schule es nicht hergibt.

Es meldet sich Herr Kräuter, Ortsbürgermeister Randau-Calenberge, zu Wort. Der ÄA erschließt sich ihm nicht. Als ehemaliger Lehrer kennt er die Bedingungen und weiß worauf es im Schulwesen ankommt. Die Schule lebt mit dem Stadtbezirk; er appelliert an Stadtrat und Verwaltung, die Schulbezirke nicht gänzlich aufzulösen, aber großzügig mit Anträgen auf Umschulung umzugehen.

Stadtrat Schindehütte spricht die Stellungnahmen der Schulleiter an, offensichtlich sind nicht allen Schulleitern Zuständigkeiten und Zuordnungen der Verwaltung bekannt. Er erläutert das Anliegen des ÄA und dass es darum gehe, dass ein Schüler eine GS wählen kann, die z. B. verstärkt Englisch-Unterricht anbietet oder ein Kind die Schule besuchen kann, die in der Nähe der Wohnung der Oma liegt, die das Kind nachmittags betreut.

Stadtrat Grünewald spricht sich gegen die Öffnung der Schulbezirke aus, da sich die Öffnung z. B. negativ auf den Erhalt der Sek. Ernst Wille (dann evtl. zu wenig Schüler) oder die GS in Diesdorf (geplante Sanierung) auswirken kann.

Stadträtin Dr. Hein schätzt eine Vielfalt im öffentlichen Schulwesen als gut ein, damit können Eltern besondere Schulprofile für ihre Kinder wählen, in Kitas wird dies schon so gehandhabt. An Gymnasien kann gewählt werden, dies sollte auch an Sekundarschulen möglich sein.

Stadtrat Canehl meldet sich zu Wort und ergänzt, dass ein Großteil der Schüler/Eltern bereits jetzt schon wählen kann. Nach seiner Meinung gibt es keine Alternative zur freien Schulwahl.

Er nennt das Beispiel der GS Am Glacis und der Evangelischen GS, die beide in einem Schulobjekt untergebracht sind. Es sollte die Profilierung aller Schulen möglich sein. Herr Krüger bezieht sich auf die GS Glacis/Ev. GS und erklärt die Schülerzahlen. Die Schüler der Ev. GS kommen aus dem ganzen Stadtgebiet und dem Umland, nur wenige der Schüler wohnen im Umfeld der Schule.

Herr Dr. Koch bittet um Beachtung der Bitte von Pädagogen, die an ihn herangetragen wurde. Die Pädagogen möchten die Zeit haben, pädagogisch zu arbeiten. Dies ist für sie wichtiger als die ständigen Diskussionen, die um die Schullandschaft geführt werden. Dr. Koch berichtet über seine 1 ½-jährigen Bemühungen um eine flexible Unterrichtsgestaltung der L-Schüler des Sportgymnasiums. Er erklärt am Beispiel der Sek. Leibniz, dass diese ohne einen anders geschnittenen Schulbezirk keinen langfristigen Bestand mehr gehabt hätte. Mit dem Land, so Dr. Koch, müsse das Gespräch gesucht werden, da die Kommune hier nicht alleine entscheiden kann.

Stadtrat Heynemann unterstreicht ebenfalls, dass der Gesetzgeber gefragt ist. Er teilt die Ansicht der Stadträtin Dr. Hein.

Stadtrat Heynemann stellt aufgrund der umfangreich diskutierten Beschlussvorschläge den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Rednerliste.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem GO zu.

(Der sachk. Einwohner Herr Mewes verzichtet daraufhin auf die Darlegung seiner Meinung.)

Der Ausschussvorsitzende erfragt abschließend, ob gemäß des eingebrachten ÄA die „Schulgebiete“ auch nochmals geändert werden könnten. Stadtrat Meister räumt hierzu Verständnis ein.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung zunächst zum Interfraktionellen Änderungsantrag. Abstimmungsergebnis: **3 : 3 : 0**

Abstimmungsergebnis zur **DS 0454/11**: **0 : 6 : 0**

4.1.1. Verzicht auf Festlegung von Schulbezirken  
Vorlage: DS0454/11/1

---

Abstimmung: **3 : 3 : 0** (siehe Punkt 4.1)

## 5. Anträge

---

5.1. Barleber See entwickeln  
Vorlage: A0115/11

---

Stadtrat Schindehütte teilt mit, dass er mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht zufrieden und diese nicht aussagefähig genug ist. Die Frage, was künftig mit dem Strandbad Barleber See werden soll, ist nicht beantwortet. Der Barleber See ist das Bad mit den meisten Einnahmen. Er hätte für das Strandbad gerne eine Aussage zum Zeitplan mit Blick auf den Haushaltsplan gehabt.

Herr Dr. Koch führt an, dass es sich um eine erste Stellungnahme der Verwaltung handelt; eine Drucksache wird folgen. Er bittet die Stellungnahme als Zwischeninformation zu werten. Die Probleme sind der Verwaltung bekannt; Veränderungen und Verbesserungen können, wie dargelegt, nur aus kommunalen Mitteln erfolgen.

Herr Mewes, sachk. Einwohner, erinnert, dass bereits vor einigen Jahren ein Entwicklungskonzept für den Bereich Barleber See vorlag.

Herr Dr. Köhler, sachk. Einwohner, folgt dem Einwand des Stadtrates Schindehütte; ein Hinweis in der Stellungnahme auf eine folgende Drucksache wäre gut gewesen.

Dr. Koch erklärt, dass zunächst im Stadtrat entschieden werden müsse, was gewollt ist. Stadtrat Heynemann fragt, ob Möglichkeiten der Privatisierung oder Teilprivatisierung untersucht worden sind. Dr. Koch führt an, dass hierfür erst Partner gefunden werden müssen.

Nach Ansicht der Stadträtin Dr. Hein müsste die Kommune das Objekt behalten und betreiben, sie stimmt einer Privatisierung nicht zu.

Stadtrat Meister fragt die Verwaltung, ob die Erarbeitung eines Konzeptes sinnvoll ist.

Herr Krüger: Eine Auswertung hat ergeben, dass sich der Bootsverleih am Barleber See nicht gerechnet hat, die Durchführung des BMW-Sailing-Cup dagegen war erfolgreich.

Die 100 Tage in der Saison sind für Betreiber nicht lukrativ; eine Prüfung erfolgt zurzeit.

Im Moment überprüfen die Stadtwerke die Energieversorgung des Naherholungszentrums Barleber See, es wird mit Kosten von ca. 600.000 EUR gerechnet, die die Stadtwerke nicht allein bezahlen werden.

Herr Krüger teilt auf die Frage des Stadtrates Grünwald mit, dass öffentliche Mittel nötig sein werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag 0115/11: **2 : 3 : 1**

5.1.1. Barleber See entwickeln  
Vorlage: S0250/11

---

Die Stellungnahme der Verwaltung wird **zur Kenntnis** genommen.

## 6. Verschiedenes

---

- Der Ausschussvorsitzende informiert die Ausschussmitglieder über die vorgesehene gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 21. Februar 2012 zum Thema Hortkonzept.

Die erste Ausschusssitzung im neuen Jahr findet gem. Plan am 31. Januar statt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka  
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner  
Schriftführerin